

Schweiz

Wie die USA Schweizer Waffen kontrollieren

Kampffjet-Abstimmung Will die Schweiz US-Kampffjets kaufen, muss sie über die gesamte Nutzungsdauer amerikanisches Recht akzeptieren. Damit bestimmen die USA, ob geflogen und geschossen wird. Bei europäischen Jets wäre das anders.

Beni Gafner

Die zwei Kontrollmänner aus den USA sind pünktlich am Treffpunkt auf dem Parkplatz in Münsingen bei Bern. Auf die beiden Amerikaner warten bereits Vertreter der Rüstungsbehörde Armatisuisse, der Logistikbasis der Armee, der Rüstungsfirma Ruag sowie vier Militärpolizisten. Nach der höflichen Begrüssung nehmen die Amerikaner in einem blauen VW-Bus der Schweizer Armee Platz. Seiten- und Heckfenster sind mit blickdichter schwarzer Folie verklebt. Wohin die Reise genau geht, das sollen die US-Kontrollleute nicht nachvollziehen können. Der kleine Fahrzeugkonvoi mit zwei Transportbussen und zwei Militärpolizeiautos fährt zu einem geheimen Depot des Bundes, in dem scharfe Kriegswaffen lagern.

Was abenteuerlich klingt, spielte sich tatsächlich so ab. Und es wiederholt sich regelmässig. So schildern es Beteiligte, die nicht offiziell Auskunft geben dürfen und ihre Namen deshalb nicht in der Zeitung lesen wollen. Der Besuch aus den USA ist deshalb von Interesse, weil die Amerikaner seit Jahren in der Schweiz von ihnen gelieferte Rüstungsgüter kontrollieren.

Würde die Schweiz beim anstehenden Kauf von Kampffjets ein US-Produkt wählen – zur Diskussion stehen die F/A-18 Super Hornet und die F-35 –, würden sich solche und ähnliche Kontrollen häufen. Das ist derzeit ein grosses Thema vor der Abstimmung vom 27. September, obwohl es nicht um den Kauf eines konkreten Jets geht, sondern um einen Grundsatzentscheid.

Niemand soll US-Interessen zuwiderhandeln

Das Ziel der US-Inspektion auf Schweizer Boden, die in Münsingen begann, waren die Flugzeugabwehr-Geschosse Stinger. Die Schweizer Armee hat die Lenk Waffen mit US-Herkunft Anfang der 1990er-Jahre gekauft und teilweise in der Schweiz in Lizenz produzieren lassen. Ein Zweierteam von Soldaten kann damit Helikopter und tief fliegende Jets abfangen. Was die



Der US-Kampffjet F-35 bei der Flugerprobung in Payerne VD im Juni 2019. Foto: Peter Klauzner (Keystone)

Amerikaner bei ihrer Inspektion besonders interessiert: die Nummern der Suchköpfe, die sich an der Spitze der scharfen Lenkwaffen befinden. Sie protokollieren diese und melden ihre Inspektionsergebnisse später jener US-Behörde, für die sie arbeiten.

Das ist Teil eines Kontrollsystems, das perfekt durchorganisiert scheint. Die USA wollen zwar möglichst viele Waffen aus der US-Rüstungsindustrie in alle Welt verkaufen. Aber sie wollen auch sicherstellen, dass niemand aus einem Käuferland gegen die US-Interessen schießt. Die Behörden haben also zu gewährleisten, dass US-Rüstungstechnologie nie gegen die USA selber oder gegen ausserpolitische Interessen der USA eingesetzt wird.

So, wie US-Experten die Schweizer Stinger-Lenk Waffen kontrollieren, inspiziert ein Heer

von 18'000 Mitarbeitenden der Defense Security Cooperation Agency (DSCA) auch über 140 andere Länder, die US-Rüstungsgüter gekauft haben.

Solche Kontrollen hat die Schweiz beim Kauf von US-Waffen akzeptiert. Je nach Waffensystem gehören dazu auch Wartungsarbeiten im heiklen Softwarebereich. Entsprechende Vereinbarungen existieren auch beim 1997 beschafften Kampffjet F/A-18, namentlich für Spezialboxen, die im Volksmund Blackboxes genannt werden.

Ein neuer Kampffjet aus den USA würde einen technologischen Quantensprung gegenüber der heutigen F/A-18 bedeuten. Teil davon wären hochstehende Kontroll- und Wartungssysteme, die den Informationsschutz aus Schweizer Sicht nicht immer gewährleisten.

Bereits heute gilt, dass die Schweizer einige Schlüsselgeräte nicht öffnen und analysieren dürfen. Dasselbe trifft für gewisse Komponenten der F/A-18-Lenk Waffen Amraam und Side-winder AIM-9X zu, mit denen im Ernstfall feindliche Jets abgeschossen werden könnten. Ob und in welchem Falle das tatsächlich getan werden könnte, das wissen die Schweizer Piloten im Gegensatz zu den amerikanischen Kontrollbehörden nicht – jedenfalls nicht mit letzter Gewissheit. Regelmässig kontrollieren die Amerikaner auch zentrale Bestandteile der Panzerhaubitze M 109, die ebenfalls aus den USA kommen.

Schweiz muss Kontrollen selber bezahlen

Dass die Kontrollierten die Kontrollen aus Übersee gleich selbst

zu bezahlen haben, damit brüstet sich Generalleutnant Charles Hooper öffentlich auf der Website der DSCA. Es seien die Kunden, die für die Unkosten der Amerikaner aufzukommen hätten, sagt Hooper, bis vor wenigen Tagen Direktor der DSCA. Soeben abgelöst wurde Hooper an der Spitze des Dienstes von Heidi H. Grant. Sie stand bisher der Defense Technology Security Administration (DTSA) vor, die der Kontrollbehörde Hoopers vorgelagert ist. Sie bestimmt, wer welche US-Waffentechnologie unter welchen Bedingungen überhaupt erhalten darf.

Wer als Käufer ausserkoren wird, bestimme die Behörde im Einzelfall, schreibt die DTSA. Sie ist seit ihrer Gründung Mitte der 1980er-Jahre eng mit dem Verteidigungsdepartement verknüpft. Die genauen Abmachun-

gen hält Heidi Grants DTSA jeweils in einem «Letter of Offer and Acceptance» fest. Die Schweizer Luftwaffe teilt dazu mit, es bestünden allen Anbietern gegenüber gewisse Abhängigkeiten. Sie erwähnt auch, dass technologische Abhängigkeiten Prüfpunkte seien, die in der Evaluation sorgfältig ermittelt würden. Man prüfe, wie sie sich reduzieren liessen.

Informationen der europäischen Kampffjetanbieter ergeben, dass es dort keine Kontrollbehörden gibt, die den Schweizern

Ob im Ernstfall feindliche Jets abgeschossen werden könnten, wissen nur die Amerikaner.

nach einem Jetkauf auf die Finger schauen würden. Aus der jüngsten Evaluation ist bekannt, dass Frankreichs Flugzeughersteller Dassault der Schweiz sämtliche Codes und Baupläne zum Kampffjet Rafale zur Verfügung gestellt hätte – mit Ausnahme jener zu den Nuklearbomben, an denen die Schweiz aber kein Interesse hat. Es ist davon auszugehen, dass sich die Franzosen im aktuellen Wettbewerb diesbezüglich gleich präsentieren werden.

Hinter dem Eurofighter, einem gemeinsamen Produkt von Deutschland, Italien, Grossbritannien und Spanien, steckt eine ganz andere Konzeption als hinter den US-Jets. Die federführenden Länder tauschen geheime Details und Softwarecodes untereinander aus, die gemeinsame Weiterentwicklungen erst ermöglichen. Demnach gäbe es auch in einem Schweizer Eurofighter keine geheimen Steuerungen oder unkontrollierbaren Datenabflüsse. Kontrolleure aus Deutschland oder Frankreich gäbe es beim Kauf des entsprechenden Jets also nicht. Wegfallen würden so auch die zugeklebten Fenster am VW-Bus der Schweizer Armee.

Walliser wollen ungestört bauen

Vorstoss im Parlament Verbände sollen bei kleineren Bauvorhaben vom Beschwerderecht ausgeschlossen werden.

Im Wallis lassen sie sich nicht gern dreinreden, schon gar nicht, wenn es um etwas so Privates wie den Bau des eigenen Hauses geht. Gibt es dann Einsprachen von Üsserschwyzern, sorgt das schon mal für rote Köpfe.

Die heutige Situation sei völlig ungerecht, nervt sich Philipp Matthias Bregy. Der Oberwalliser CVP-Nationalrat will den Kampf David gegen Goliath führen, wie er ihn in seinem parlamentarischen Vorstoss plakativ nennt: Nationalen Organisationen soll es verboten werden, Einsprachen gegen kleinere Bauvorhaben zu machen, also ihr Verbandsbeschwerderecht auszuüben. Das haben diese in den vergangenen Jahren in meh-

rerer Hundert Fällen pro Jahr getan, die Umweltschützer von Helvetia Nostra etwa, um die Vorschriften für Zweitwohnungen durchzusetzen.

Am Montag steht Bregys Vorschlag erstmals zur Diskussion, in der vorbereitenden Umweltkommission des Nationalrats (Urek). Der CVP-Nationalrat ist nicht der Erste, der das Verbandsbeschwerderecht abschwächen will: SVP-Nationalrat Franz Ruppen, auch er ein Walliser, auch er aus dem Dorf Naters, sprach schon vor einem Jahr von einer Hexenjagd auf unbescholtenen Bürger. Brisant am neusten Versuch, das Verbandsbeschwerderecht einzuschränken, ist der Absender. Weil der Vorstoss aus der

CVP komme, bestehe die Gefahr, dass ihm nebst den meisten SVP-Parlamentariern auch viele Liberale zustimmen könnten, ist SP-Nationalrat Beat Jans (BS) überzeugt. Die FDP scheiterte 2008 an der Urne mit ihrem Versuch, das Verbandsbeschwerderecht generell abzuschaffen. Das Volk sagte mit 66 Prozent Nein.

Breite Gegnerschaft

Der Vorstoss sorgt auch bei Umwelt- und Tiervereinigungen für Nervosität. «Diese parlamentarische Initiative hat uns aufgeschreckt», sagt Raimund Rodewald, Geschäftsleiter der Stiftung für Landschaftsschutz (SL): «Sie ist äusserst perfid, weil sie so harmlos daherkommt.» Aber die

Teilabschaffung des Verbandsbeschwerderechts gefährde die Umsetzung des Raumplanungsgesetzes, des Biotopschutzes und des Zweitwohnungsgesetzes, ist Rodewald überzeugt. Und mit ihm etliche Organisationen, von Pro Natura, WWF, Birdlife, dem Schweizer Heimatschutz und dem Fischereiverband bis hin zum Schweizer Alpen-Club.

Mit einem Brief haben sich die Verbände an alle Urek-Mitglieder gewandt – ausser an die SVP-Parlamentarier. Sie würden sich dezidiert gegen dieses Vorhaben wehren, so die Organisationen, weil damit die Umsetzung des vom Volk angenommenen Raumplanungs- und Zweitwohnungsrechts torpediert würde.

Was will Bregy konkret? Das Beschwerderecht für Verbände soll bei kleineren Einzelprojekten innerhalb der Bauzone eingeschränkt werden. Die neue Regelung soll bei Projekten innerhalb der Bauzone, jedoch ausserhalb von geschützten Dorfkernen und Stadtzentren, mit weniger als 600 Quadratmeter Bruttogeschossfläche oder anderen klar definierbaren Kriterien zum Einsatz kommen. «Die heutigen Vorschriften sind allgemein in ländlichen Gebieten ein grosses Problem», ist Bregy überzeugt. Als Anwalt habe er gesehen, wie es Familien in die Verzweiflung treiben könne.

Gregor Poletti

Belgien droht die Quarantäneliste

Covid-19 Belgien hat den Schwellenwert für eine Quarantänepflicht bei der Einreise in die Schweiz überschritten. Gemäss offiziellen Angaben vom Sonntag ist die Infektionsrate auf 63,3 Ansteckungen pro 100'000 Einwohner in 14 Tagen gestiegen. Der Grenzwert des Bundesamts für Gesundheit (BAG) beträgt 60, die Rate in der Schweiz 24.

Wenn die Quarantäneliste des BAG aktualisiert wird, ist laut Sprecher Grégoire Gogniat offen. Er bestätigt: «Belgien ist aufgrund der epidemiologischen Entwicklung in den vergangenen Tagen ein möglicher Kandidat.»

Dem BAG wurden am Sonntag 152 neue Ansteckungen mit dem Coronavirus innert eines Tages gemeldet, am Samstag waren es 182. (ffe)